

Rechte APO mit medialer Macht

Die neueste Ideologieproduktion aus dem Hause
»Springer«

Von **Albrecht von Lucke**

Ein Jahr nachdem die Coronapandemie in ihrer ganzen Dramatik in Europa angekommen ist, hat die Seuchenlage auch in Deutschland ihren wohl gefährlichsten Punkt erreicht. Neue, infektiösere Mutationen drohen den alten Virustyp auf breiter Front zu verdrängen. Zugleich ist die Europäische Union unter deutscher Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 mit ihrer zögerlichen Einkaufspolitik bei der Impfstoffbeschaffung massiv in Rückstand geraten. Folglich kommt auch in Deutschland die Impfkampagne im ersten Quartal 2021 nur schleppend in Gang, wodurch die Regierungen in Bund und Ländern erheblich unter Druck stehen. Zugleich rächen sich die politischen Versäumnisse seit dem vergangenen Sommer, speziell in der Schulpolitik, beim Schutz der besonders vulnerablen Gruppen, insbesondere in Altersheimen, und beim Aufbau größerer industrieller Kapazitäten zur Herstellung von Impfstoffen. Damit erweist sich die regierende große Koalition zum ersten Mal in der Coronakrise als massiv angreifbar.

Normalerweise ideale Voraussetzungen für einen spannenden Wahlkampf in diesem Superwahljahr. Doch kaum mehr als ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl dümpelt die parteipolitische Auseinandersetzung weiter vor sich hin – auch mangels überzeugender Regierungsalternativen jenseits der nächsten, voraussichtlich schwarz-grünen Variante der großen Koalition. Zugleich fällt mit der AfD die stärkste Oppositionspartei als ernstzunehmende Kraft faktisch aus. Da sie seit Beginn der Coronapandemie deren Gefährlichkeit geleugnet hat, kann sie die populistische Klaviatur jetzt nicht derart brutal bespielen wie noch vor fünf Jahren in der Flüchtlingsfrage.

Eigentlich ein Glücksfall für die Gesellschaft, doch genau in diese populistische Lücke stößt jetzt ein anderer Akteur – nämlich der Springer-Konzern mit dem im medialen Raum wohl ambitioniertesten Projekt der vergangenen Jahre, dem neuen Sender-Format „Bild live“. Springer geht damit ganz gezielt in die Offensive, und zwar in einem bemerkenswerten medialen Dreiklang von „Bild live“, dem immer populistischeren Leitmedium „Bild“ und der radikalen Ideologieschmiede „Die Welt“. Dieses Trio infernale dient einem dreifachen Zweck: erstens, die mediale Hegemonie zu erlangen, um damit – zweitens – auf die geschwächte politische Klasse Druck auszuüben

und so drittens das entstehende Machtvakuum mit den eigenen, dem Verlag genehmen Zielen und Inhalten zu füllen – und zwar dezidiert gegen jede progressive, auf ökologische Nachhaltigkeit ausgerichtete Politik.

Zum Regieren braucht es – »Bild«, »BamS« und »Bild live«

„Zum Regieren brauche ich *Bild*, *BamS* und *Glotze*“, hatte der Medienkanzler Gerhard Schröder einst gesagt. Um selbst die mediale wie politische Hegemonie zu erlangen, hat Springer daraus offensichtlich seine eigenen Schlüsse gezogen. Da man mit „Bild“ und „BamS“ bereits über die beiden maßgeblichen Boulevard-Faktoren im eigenen Hause verfügt, widmet man sich jetzt dem dritten entscheidenden Faktor, der „Glotze“ – und zwar durch den Aufbau eines hauseigenen Senders als *missing link* für die Deutungshoheit im öffentlichen Raum. Dabei soll „Bild live“ etwas dezidiert anderes als der ebenfalls bei Springer produzierte klassische Nachrichtensender „Welt TV“, vormals N24, sein – nämlich weit aggressiver in Inhalt wie Form.

Vor fünf Jahren hatte das Projekt noch ausgesprochen überschaubar, ja fast amateurhaft begonnen. Doch schon damals propagierte „Bild“-Chefredakteur Julian Reichelt offensiv sein Ziel – den „Angriff aufs Fernsehen“ als eine Revolution, die weit über das lineare TV hinausgeht. „Mir geht es darum: Wann immer etwas passiert, ist Bild live.“¹

Anfangs wurde Reichelt noch dafür belächelt. Heute dürfte den meisten das Lachen vergangen sein. Denn dank Corona als einem die Digitalisierung enorm beschleunigenden Ereignis ist der Aufbau von „Bild live“ inzwischen erstaunlich weit vorangeschritten. Kaum ein Politiker oder eine Politikerin, sieht man einmal von der Kanzlerin ab, der oder die sich den Anfragen von „Bild“ entzöge; alle rennen – auch mangels anderer Live-Möglichkeiten im Corona- und Superwahljahr – dem neuen Sender förmlich das Studio ein. So etwa nach dem jüngsten Corona-Gipfel am 10. Februar, als sich Kanzleramtschef Helge Braun den Fragen von „Bild“-Vize Paul Ronzheimer stellte – im Laufband untertitelt nicht, wie sonst üblich, mit „Gespräch“ oder „Interview“, sondern mit „Merkels wichtigster Mann im Verhör“. Ebenfalls kurz zuvor „im Bild-Verhör“: Gesundheitsminister Jens Spahn. Hier artikuliert sich die zugrundeliegende aggressive, fast schon inquisitorische Geisteshaltung – „Bild live“ als die Stimme des Volkes gegen die Politikerkaste.

Zugleich formuliert Reichelt ohne Umschweife seine medienpolitische Ambition – nämlich mit Bewegtbildern ins Kerngeschäft der öffentlich-rechtlichen Sender einzudringen. Und zwar nicht nur revolutionär in der Form, nämlich ohne eigenen TV-Kanal, sondern auch in der Sache: „Wir konkurrieren nicht mit anderen Nachrichtensendern darum, wer die dpa-Eilmeldung zuerst ins Laufband stellt“, so Reichelt. „Unser Anspruch ist, diese News zu generieren.“ Dabei sucht gezielt die Auseinandersetzung mit den Öffent-

1 Die Zitate von Julian Reichelt stammen aus folgenden Interviews: „Wir machen keine Zeitung für die Stimme Twitters“, Gespräch mit Thomas Lücknerath, www.dwdl.de, 17.12.2020; RBB-Medienmagazin von radio eins, www.radioeins.de, 6.2.2021.

lich-Rechtlichen: Der „Bild live“-Talk „Die richtigen Fragen“ sendet daher bewusst am Sonntag um 21:45 Uhr, als Frontalangriff auf das ARD-Flaggschiff „Anne Will“, die meistgesehene Talkshow im deutschen Fernsehen.

Was aber ist das – unternehmerische und politische – Ziel des Projekts? Rein unternehmerisch geht es in erster Linie um maximale Reichweite: Bis Ende 2021 solle „Bild live“ von möglichst vielen Menschen als ihr täglicher Newssender wahrgenommen werden, so Reichelt. Agiert man derzeit noch temporär und zudem auf einer Seite, die nicht extra für das Fernsehen gestaltet wurde, ist das eigentliche Ziel eine TV-geeignete Plattform mit durchgängigem Programm. Reichelt bezeichnet „Bild live“ denn auch als „Startup in der größten Nachrichtenlage aller Zeiten“ – mit dem kleinen, aber feinen Unterschied, dass hinter diesem „Startup“ ein medialer Milliarden-Konzern steht. Laut Pressemitteilung vom Dezember 2020 will Springer allein in diesem Jahr mehr als 22 Mio. Euro in den Ausbau der Bewegtbildstrategie von „Bild live“ investieren und 70 neue Stellen schaffen.

»Bild live« als deutsche »Fox News«?

Auch inhaltlich ist Reichelts Ziel klar: Mit „Bild live“ soll der „Modus Bild“ ins Fernsehformat übersetzt werden. In der Pionierzeit der 1950er Jahre kreierte der legendäre „Bild“-Chef Rudolf Michael das Konzept der „Vergrößerung und Zuspitzung“ als gezieltes Emotionsmanagement. Um dieser Stärke von „Bild“ gerecht zu werden und so die Bindung an die Marke „Bild“ insgesamt zu erhöhen, soll nun auch „Bild live“ die „Geschichten, die das Land bewegen und die Menschen am dringlichsten betreffen“, anders, „empathischer“ und „sehr emotionalisiert“, erzählen. „Ich sehe zwei Säulen für unser Programm, die Double-O-Strategie, wie ich sie nenne: Ongoing und Opinion“, so Reichelt. Die Dramatik der Coronakrise liefert dafür den idealen Startpunkt: Die Pandemie wird für „Bild live“ zur perfekten Fortsetzungsstory, die man zugleich mit einer knallharten Kommentierung immer wieder anheizt.

Reichelt erhebt damit den Anspruch, direkt an den Gründungsvater des Verlages anzuknüpfen und dessen Projekt ins digitale Zeitalter zu übersetzen: „„Bild“ wurde ja von Axel Springer als gedruckte Antwort auf das Fernsehen konzipiert. Wir nutzen jetzt neue Technologien, um das, was Axel Springer nicht machen konnte – weil es keine Lizenz gab –, konsequent weiter zu denken“, so der „Bild“-Chef. Anders ausgedrückt: Was für Springer noch unmöglich war, nämlich ganz Deutschland auch mit bewegten Bildern zu bespielen, unternimmt jetzt Reichelt mit den neuen Möglichkeiten von „Bild live“.

Tatsächlich hat „Bild live“ bereits jetzt erhebliche Auswirkungen auf die gesamte Medienlandschaft. So wird der Sender inzwischen regelmäßig vom „Deutschlandfunk“ – dem für die politischen Entscheider maßgeblichen Nachrichtenkanal – zitiert bzw. als O-Ton versendet, was eine immense Aufwertung bedeutet. Zeigt es doch, dass auch die Öffentlich-Rechtlichen an „Bild live“ trotz dessen derzeit noch nicht einmal sonderlich hohen Einschaltquoten offenbar nicht mehr vorbeikommen – oder es zumindest meinen.

Schon seit langem bestimmt die Bild-Zeitung mit ihrem Aufmacher als Agenda-Setter die morgendliche Lage und Debatte in den öffentlich-rechtlichen Sendern. Obwohl Springer-Chef Mathias Döpfner ARD und ZDF wegen deren kostenloser Textangebote auf den Online-Plattformen immer wieder massiv attackiert² und sogar verklagt, fungieren die Öffentlich-Rechtlichen so bereitwillig als Multiplikator für die „Bild“-Meinung. Dank dieses politisch-medialen Geschäftsmodells ist der Einfluss von „Bild“ trotz weit geringerer Kioskverkäufe als zu seinen Hochzeiten noch immer immens.³ Und „Bild live“ verschafft dem Verlag jetzt einen weiteren strategischen Vorteil gegenüber seinen Mitkonkurrenten: Noch spät am Abend geführte „Bild-Verhöre“ können am nächsten Morgen schon in der Bildzeitung stehen. Denn die neuen live geführten und gesendeten Interviews ersparen „Bild“ die Autorisierung – und damit eine Menge Zeit. Ein wachsender Teil der gedruckten „Bild“ stammt daher mittlerweile aus Interviews von „Bild live“.⁴ Das TV-Format hat so die Bild-Zeitung längst maßgeblich verändert – und damit zugleich den gesamten Mediendiskurs in Deutschland.

Faktisch bedeutet „Bild live“ – noch mehr Emotionalisierung und Polarisierung qua Konfrontation im Verhörstil. All das lässt den Verdacht aufkommen, dass der Springer-Konzern damit anstreben könnte, das deutsche Pendant des US-Senders „Fox News“ von Rupert Murdoch aufzubauen. Gegenüber dem Online-Medien-Magazin DWDL bezeichnet Reichelt dies als „eine gewaltige Fehleinschätzung“: „Das Geheimnis der Marke ‚Bild‘, der Erfolg und das Wachstum, ist nicht möglich geworden durch Spaltung, sondern durch Besinnung auf das, was uns eint. Auf ‚Fox News‘ kann sich nur die Hälfte des Landes einigen, wir haben den Anspruch, alle zu erreichen.“ Es gebe „keinen größeren Konsens in Deutschland als die Marke ‚Bild‘“, so Reichelt.⁵

Hinter diesem angeblichen Konsens und dem Willen von „Bild“ zur gesellschaftlichen Einheit verbirgt sich eine bemerkenswerte Selbstverharmlosung. Denn wenn eines „Bild“ – gerade in den vergangenen Jahren unter Julian Reichelt – dezidiert nicht ausgemacht hat, dann der Wunsch, dieses Land zu einen. „Spalten statt versöhnen“, lautet die Devise des „Bild“-Chefs. Keine Zeitung hat in den zurückliegenden Jahren derart Front gegen die Regierung gemacht wie „Bild“ – und mit der Coronakrise hat dieses Leitmotiv noch einmal eine ganz neue Dimension erreicht.

Die Bild-Zeitung selbst ist daher der zweite Pfeiler der neuen Springer-Offensive. Gewiss, das aggressive Gut gegen Böse war schon immer die Tradition von „Bild“. Zugleich war die Zeitung auch im Stil stets populistisch, also radikal vereinfachend und zuspitzend, weshalb ihr Erfinder Axel Cäsar Springer sie auch als seinen „Kettenhund“ bezeichnete. Das Neue der „Bild“-Strategie besteht nun allerdings darin, dass die Zeitung sich seit geraumer

2 Wenn es eines Tages nur noch „Staatspresse“ und „Staatsfernsehen“ im Netz geben sollte, wäre das „eher nach dem Geschmack von Nordkorea“, polemisierte Döpfner in einer Rede als amtierender Präsident des Verlegerverbandes BDZV gegen die Öffentlich-Rechtlichen im September 2017.

3 Lag im dritten Quartal 1983 die höchste je erzielte Auflage bei über 5,5 Mio. verkauften Exemplaren pro Tag, ist sie im vierten Quartal 2020 auf 1,2 Mio. Exemplare geschrumpft.

4 Neben dem Politik-Bereich auch in den anderen zentralen Bereichen Sport und Unterhaltung.

5 Siehe Thomas Lückerath, Springers Bild Live bleibt auf Kurs Richtung Fernsehsender, www.dwld.de, 17.12.2020.

Zeit auch der Kernelemente des Populismus als Ideologie bedient: Auf der einen Seite gibt es das gute Volk, dessen Stimme und Vertretung „Bild“ sein will, und auf der anderen Seite die bösen oder jedenfalls rundweg versagenden politischen Eliten. Kreiert wurde diese mediale Strategie bereits unter Reichelts Vorgänger Kai Diekmann, der 2013 fast manifestartig gegen die Regierung Front machte: „BILD geht in die Opposition. Und wird Außerparlamentarische Opposition. APO! BILD wird der neuen Regierung bei jeder Gelegenheit auf die Finger hauen! Hart. Schmerzvoll. Und ohne Gnade.“⁶

Von Boenisch bis Diekmann – die Bild-Zeitung der Bonner Republik

Dabei entstammte Diekmann – der „Ersatzsohn des Kanzlers“ Helmut Kohl, so einst spöttisch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ – selbst noch einer anderen Zeit, nämlich der alten Bonner Republik. In dieser bezog „Bild“ bei aller Auseinandersetzung im Zweifel stets Partei zugunsten von CDU/CSU, während die Hamburger Medienhäuser mit „Spiegel“, „Stern“ und „Zeit“ klar auf die sozialliberale Karte setzten. Auf die Union verpflichtete „Bild“ bereits Adenauers Antikommunismus, den auch der Verleger Springer anschluss und sogar in seinen Unternehmensrichtlinien verankerte. Auch personell gab es eine starke Nähe, ja teilweise fast schon Symbiose zwischen „Bild“ und den Konservativen. In den 70er Jahren verkörperte sie der damals noch junge und für „Bild“-Verhältnisse durchaus moderne Chefredakteur Peter Boenisch. Er avancierte 1983 zum Regierungssprecher Helmut Kohls, den er bereits als Springer-Mann in dessen nur knapp verlorenem Bundestagswahlkampf 1976 beraten hatte.⁷ Boenisch stand auch für den knallharten „Bild“-Kurs gegen die „Jungrotten“ der APO, der außerparlamentarischen Opposition um 1968. Stets galt die Devise: Wenn es hart auf hart kommt, verteidigt man die Konservativen gegen die aufkommende Sozialdemokratie. Diese klare Positionierung zugunsten der Union fand erst ein Ende mit dem Niedergang der SPD. Als diese infolge von Schröders Hartz-Reformen faktisch ihre Kanzlerfähigkeit einbüßte und es 2013 schon zum zweiten Mal nach 2005 zu einer großen Koalition kam, zog Diekmann daraus den Schluss, jetzt selbst als APO gegen die GroKo Front zu machen – als Ersatz für die aus dem Bundestag ausgeschiedene FDP: „Wenn es keine bürgerliche Opposition im Bundestag gibt, dann muss sich diese Stimme außerhalb des Parlaments Gehör verschaffen“, lautete das neue Credo.

In gewisser Weise reklamierte „Bild“ damit den gleichen Job für sich, den zur selben Zeit die AfD übernehmen wollte – nämlich eine rechte Alternative für, beziehungsweise gegen Merkel-Deutschland zu sein. Dass „Bild“ sich selbst als APO ausgab, unterschlug jedoch von Beginn an den entscheidenden Unterschied zur historischen APO von 1968: dass nämlich diese eine kleine Minderheit gewesen war, während sie nun ein mächtiger Konzern sein sollte – mit immenser Deutungsmacht und Kampagnenfähigkeit.

6 Kai Diekmann, Wir sind APO!, in: „Bild“, 17.12.2013.

7 Nobelpreisträger Heinrich Böll setzte dieser Ära mit „Bild. Bonn. Bönisch“ ein polemisches Denkmal.

Allerdings fühlte sich Diekmann als Kohl-Intimus stets einem dann doch eher moderaten und pro-europäischen Kurs verpflichtet. Wirklich radikal umgesetzt wurde das APO-Prinzip daher erst von Julian Reichelt. Hatten Diekmann und seine Nachfolgerin Tanit Koch während der Fluchtkrise noch der Versuchung widerstanden, populistisch gegen die Flüchtlinge Front zu machen, und im Gegenteil mit „Refugees welcome“-Buttons ihre Solidarität zum Ausdruck gebracht, setzte Reichelt nun voll auf die populistische Karte. Über Monate ließ der neue „Bild“-Chef keine Gelegenheit aus, um ein einziges Thema hochzuziehen: die große Flucht und ihre Folgen. Und zwar stets mit derselben Stoßrichtung: Volle Kanne gegen Merkel und Co.!

Das Grundprinzip des neuen Agitprop-Journalismus von Reichelt, der zuvor bild.de verantwortet hatte, ist denkbar banal: Man ermittelt auf digitalem Wege – anhand der Klicks und Kommentare –, wo der „gesunde Volkzorn“ am stärksten tobt. Anschließend wird genau dieses Thema von „Bild“ als „Stimme des Volkes“ hochgezogen und angeheizt, indem man mit aller medialen Macht Öl ins schon lodernde Feuer gießt. In markanter Engführung mit dem Kurs der AfD rangierten unter Reichelt zwei Themen stets ganz weit oben: „(kriminelle) Flüchtlinge raus“ und „Merkel muss weg“. Bereits unmittelbar nach der Bundestagswahl 2017 plädierte „Bild“ klar für eine harte Linie und zog per Petition im Roland-Koch-Stil – „Unterschreiben Sie hier!“ – blank: „Merkel soll Abschiebung zur Chefsache machen!“

Was die Wahrheitsfindung anbelangt, war „Bild“ bekanntlich schon immer „kreativ“. In der Ära Reichelt bedient man sich dafür aber notfalls ganz besonderer Methoden. Der Höhepunkt war erreicht, als „Bild“ 2018 in seiner Anti-Merkel-Kampagne nach einem der zahllosen ergebnislosen Nachtreffen titelte: „Asyl-Streit mit Seehofer. Merkel ganz allein. Nur drei Unions-Abgeordnete stellen sich hinter die Kanzlerin“.⁸ Was bei diesem Aufmacher allerdings fehlte, war eine nicht ganz unwesentliche Information: Von sämtlichen 246 Abgeordneten von CDU und CSU, die „Bild“ angeschrieben hatte, hatten nur 69 unter dem immensen Zeitdruck überhaupt reagiert. 177 enthielten sich einer Antwort – darunter mit Sicherheit die meisten Merkel-Sympathisanten. Diesen Hinweis fand man jedoch nur in einem kleinen Kasten auf Seite drei. Schließlich sollte der Fake-News-Aufmacher sein Ziel erreichen: nämlich maximalen Druck auf die Regierung auszuüben.

Die Coronakrise ist in dieser Hinsicht das reinste Geschenk für „Bild“. Seit Beginn der Pandemie vergeht kein Tag, an dem die Zeitung nicht die angeblichen Versäumnisse der großen Koalition anprangert. „Bild“ agiert dabei nach der bewährten Dichotomie: Auf der einen Seite gibt es die Guten, die „Impfstoffhelden“ von Biontech oder die Pflegerinnen in den Krankenhäusern und Altenheimen, und auf der anderen Seite die Bösen, die grundsätzlich versagenden Politiker, die vermeintlich nichts anderes im Sinn haben, als unbescholtene Bürgerinnen und Bürger ihrer Freiheit zu berauben.

In der Auseinandersetzung zwischen Lockdown- und Lockerungs-Befürwortern, personifiziert durch Christian Drosten und Hendrik Streeck, posi-

8 Siehe Jan Kursko (alias Albrecht von Lucke), „Bild“ gegen Merkel, in: „Blätter“, 7/2018, S. 91.

tionierte sich „Bild“ denn auch von Anfang an klar auf Seiten von Streeck und damit auch von Armin Laschet, und dezidiert gegen Merkel und Markus Söder. „Bild“ schreckte dabei auch nicht vor gezielter Diskreditierung Drostens mittels manipulierter Aussagen seiner Kollegen zurück. Dass man selbst im Sommer 2020 vehement die Aufhebung der Anti-Corona-Maßnahmen gefordert hatte, hält „Bild“ heute keineswegs davon ab, die Regierenden des Versagens zu zeihen, seitdem die Infektionszahlen wieder hochgehen. Selbstkritik? Fehlanzeige! „Bild“ agiert stets in dem angenehmen Wissen, dass die politische Verantwortung letztlich die Politiker zu tragen haben. Dabei fällt unter den Tisch, dass auch die Medien in einer so historischen Krise eine große Verantwortung haben, nämlich Leistungen und Fehler der Akteure angemessen, in Relation zur Größe der Herausforderung, zu gewichten.

Die Coronakrise als Glücksfall – für »Bild« und »Welt«

Die tatsächlichen Versäumnisse der Politik, insbesondere im Zuge der Impfstoff-Bestellung, entpuppen sich nun als veritabler „Glücksfall“ für die „Bild“-Strategie. Mit der beschriebenen Ongoing-Corona-Story werden Tag für Tag betroffene Gruppen herausgestellt und mit moralischer Anklage gegen die Regierenden in Berlin instrumentalisiert und in Stellung gebracht – heute sind es, besonders infam,⁹ die Kinder, morgen die Lehrerinnen und übermorgen die Hoteliers und Gastwirte. Zugleich wird systematisch der Eindruck erweckt, dass jede der einzelnen Gruppe letztlich für das gesamte Volk stehe. Auch deshalb ist der mediale wie der gesellschaftliche Druck auf die Regierenden in dieser heiklen Phase der Coronakrise wohl größer als jemals zuvor in der Geschichte der Republik. Der Autoritätsgewinn des Staates zu Beginn der Krise ist in sein Gegenteil umgeschlagen. Das eröffnet ökonomisch starken Akteuren die Chance, ihrerseits Pflöcke einzurammen, um die eigenen politischen und unternehmerischen Ziele durchzusetzen.

Hier schlägt die Stunde des dritten Pfeilers des Springer-Konzerns – der „Welt“, die sich Konzern-Chef Döpfner trotz immenser Defizite aufgrund rückläufiger Verkaufszahlen vor allem als Weltanschauungsorgan weiter hält. Und für die Weltanschauungs-, vulgo Ideologieproduktion ist in erster Linie „Welt“-Chefredakteur Ulf Poschardt höchstpersönlich zuständig. Schon seit Jahren sieht Poschardt die „Freiheit auf dem Rückzug“, kämpft er gegen den vermeintlich grassierenden Etatismus und Linksruck des Landes.¹⁰ Die Coronakrise ist nun für ihn – ähnlich wie für Reichelt – eine immense strategische Chance, und zwar in gleich zweifacher Hinsicht.

Einerseits ist die Schwäche, ja fundamentale Krise der Regierung eine Steilvorlage für alle Neoliberalen, die wie Poschardt ohnehin nur auf die Schwächung der Politik und letztlich des Staates abzielen. Andererseits eröffnet die staatliche Lockdown- und Verbotspolitik in der Coronakrise ihm

9 „Für niemanden hat unsere Regierung weniger getan als für die Kinder. Nichts versteht unsere Regierung weniger, als was gerade in unseren Kindern vor sich geht“, J. Reichelt, in: „Bild“, 16.2.2021.
10 Ulf Poschardt, Freiheit auf dem Rückzug, in: „Die Welt“, 22.1.2021.

und seinen Mitstreitern die willkommene Chance, darüber das angeblich „schiefer unfassbare Ausmaß an Staatsinterventionismus“ anzuprangern.¹¹

In immer schnellerer Abfolge seiner Leitartikel imaginiert der „Welt“-Chef eine fast schon totalitäre Republik. In der Argumentation von Poschardt ist die Politik der Regierung in der Coronakrise nur das „Vorspiel zum Systemwechsel“ – und das Übungsfeld für all das, was im Hintergrund zwecks Bekämpfung der Klimakrise längst geplant werde.¹² Aus höchst disparaten Initiativen kreiert Poschardt dabei eine einheitliche Bewegung von Freiheitsfeinden. So wird ihm die „ZeroCovid“-Initiative quasi zum Signum einer „großen Koalition der Freiheitsskeptiker“, die eines eine: „der Wunsch nach einer komplett lahmgelegten Gesellschaft und Wirtschaft“. Dabei versteckten sich die Akteure bei der Corona-Bekämpfung – genau wie Fridays for Future – nur hinter den Erkenntnissen „der“ Wissenschaft. Tatsächlich aber gehe es ihnen um einen Systemwechsel. *Follow the science*, das Leitmotiv von Fridays for Future, ist für Poschardt eine zutiefst autoritäre Botschaft, im Kern sogar Ausdruck eines neuen Wissenschaftstotalitarismus. Dahinter zeige sich ein „zynisch instrumentalisiertes Verständnis von Wissenschaft“, das keine abweichende Meinung mehr dulde. Natürlich ist es eine Binsenweisheit, dass es nicht „die eine“ Wissenschaft mit ein für alle Mal unhinterfragbaren Erkenntnissen gibt, sondern einem im ständigen Fluss befindlichen wissenschaftlichen Erkenntnisprozess. Poschardt geht es bei seiner Kampfansage jedoch um weit mehr, nämlich darum, die politik- und gesellschaftsrelevante Kraft wissenschaftlicher Erkenntnisse insgesamt in Frage zu stellen, etwa wenn er dezidiert gegen Fridays for Future gerichtet behauptet: „Die Wissenschaft – oder, genauer, der besonders alarmistische Teil – wird als der Weisheit letzter Schluss präsentiert, sie dürfe auch demokratische Kompromissformeln und gesellschaftliche Prozesse in Frage stellen.“

Tatsächlich liegt aber gerade in der Infragestellung gesellschaftlicher Prozesse der Nutzen wissenschaftlicher Untersuchungen für die Politik – nämlich dank der erzielten Erkenntnisse in vergleichbaren Fällen möglichst bereits vorbeugend handeln zu können, um auf diese Weise maximalen Schaden zu verhindern. Dieses Ziel gilt gleichermaßen für die Corona- wie für die Klimakrise. Poschardt insinuiert dagegen, dass die Klima-Aktivisten mit den gleichen weitreichenden Verbots-Maßnahmen wie gegen die Coronakrise auch gegen die Klimakrise zu Felde ziehen wollten: „Es ist kein Zufall, dass die aktuellen Lockdown-Fetischisten im Zweifel die Bekämpfung der Coronakrise mit der Bekämpfung der Klimakrise vergleichen.“

Der „Welt“-Chef weiß natürlich ganz genau, mit welcher gefährlicher Munition er hier hantiert. Denn wenn es sich bei alledem um eine totalitäre Logik handelt, dann ist Widerstand geboten. Im Kern nicht anders, und zwar direkt gegen die derzeit Regierenden, argumentieren Ken Jebsen und seine Querdenker-Kollegen, wenn sie sich auf das Widerstandsrecht nach Artikel 20 Absatz 4 Grundgesetz berufen. Natürlich darf bei dieser Argumentation auch die bekannte Hufeisentheorie nicht fehlen, die angebliche Äquidis-

11 So der Chefredakteur der „Welt am Sonntag“, Johannes Boie, in seinem Editorial am 14.2.2021.

12 Ulf Poschardt, Für manche ist das nur das Vorspiel zum Systemwechsel, in: „Die Welt“, 19.1.2021.

tanz zwischen Linken und Rechten: Querdenker und Klimaradikale eine ihr überheblicher Moralismus, so Poschardt – freilich ohne zu erklären, worin genau der moralische Anspruch der Corona-Leugner bestehen soll.¹³ Nicht in ihrem teils ganz bewusst die Grenze zur Gewalt überschreitenden Radikalismus, sondern gerade in der angeblichen Moralisation liegt demnach die Gefährlichkeit der Querdenker begründet, auch das eine bemerkenswerte Verharmlosung des Rechtsradikalismus.

Merz und Lindner als Springers »Achse der Vernunft«

Dagegen ist das Kanzleramt für Poschardt längst in das Lager der Freiheitsfeinde abgewandert. Die die Kanzlerin beratenden Viro- und Epidemiologen werden dem Welt-Chef „zu Einpeitschern einer ziemlich autoritären Verbots- und Bestrafungspolitik“. Ohne Sensorium für die Seele der Gesellschaft würden Freiheiten „je nach Zahlendefinition an- oder ausgeknipst.“ Damit ist für Poschardt das ganz große Schreckensszenario komplett: Denn für die „große Koalition der Freiheits skeptiker“ komme jeder Notstand recht, „um die Gesellschaft endlich so umzubauen, zu regulieren und umzuverteilen, dass der von der Linken erträumte Systemwechsel weg von der liberalen, marktwirtschaftlichen Demokratie in Fahrt kommt“.

Poschardt gelingt auf diese Weise das Kunststück, Angela Merkel und ihre schärfsten Kritiker in der Klimapolitik unter eine von beiden vermeintlich geteilte totalitäre Ideologie zu subsumieren. „Souverän ist, wer über den Notstand entscheidet“ zitiert der „Welt“-Chef – den Not- mit dem Ausnahmezustand verwechselnd – Carl Schmitt, den „Kronjuristen des Dritten Reichs“ (Waldemar Gurian) und macht ihn umgehend zum Vordenker der neuen autoritären Bewegung. Denn, so Poschardt, „die ‚Alles sofort zusperrrrren‘-Deutschen folgen dem gerne.“¹⁴

Im Ergebnis steckt für Poschardt hinter jedem Globalisierungskritiker ein potentieller Nazi oder zumindest ein kleiner Stalinist. Und seine Mitstreiter in der „Welt“ sekundieren brav, indem sie ebenfalls überall totalitäres Denken am Werk sehen. Die Radikalität „prominenter Klimaaktivisten“ erinnere an historische Vorbilder, die sich ebenfalls im Besitz absoluter Wahrheiten wähnten, und ihre Sprache offenbare „Auslöschungsfantasien“.¹⁵ Damit ist das eigentliche Ziel erreicht, nämlich die radikale Delegitimierung der Klima-Proteste. Denn, so Poschardt rein rhetorisch: „Wie soll man dem scheinheiligen Bekenntnis, dass es um künftige Freiheitsrechte ungeborener Generationen geht, glauben, wenn einem die Einschränkungen von Freiheit so sichtbar keinerlei Nöte im Hier und Jetzt bereiten?“

Und natürlich kann es bei den von Poschardt identifizierten Feinden der Freiheit und der offenen Gesellschaft auch am letzten Element totalitä-

13 Ulf Poschardt, „Querdenker“ und Klimaradikale eint ihr überheblicher Moralismus, in: „Die Welt“, 15.12.2020; siehe auch Felix Heidenreich, Rechte Hypomoral, in: „Blätter“, 2/2021, S. 81-83.

14 Poschardt, ebd.

15 Jan Grossarth, Die Auslöschungsfantasien der Aktivisten, in: „Die Welt“, 19.11.2020.

rer Herrschaft nicht fehlen, nämlich der Bereitschaft zur Gewalt. In jedem noch so abseitigen Phänomen, ob es sich um radikale Irrläufer von Extinction Rebellion oder einen Berliner Juso mit Erschießungsphantasien handelt, entdeckt Poschardt weitere Indizien, die die gesamte Klimastreik-Bewegung oder auch eine potentielle grün-rot-rote Regierung ihrer radikalen Gewalt-samkeit überführen und damit delegitimieren sollen.¹⁶

Nun sollte man einen Mann, der schon einmal allen Ernstes den dilettierenden Verkehrsminister Andi Scheuer wegen seiner Verteidigung des Diesels zum „großen deutschen Antifaschisten“ erklärte, eigentlich nicht allzu ernst nehmen.¹⁷ Wenn es sich dabei um den Chefredakteur der „Welt“ handelt, kommt man aber leider nicht umhin, dies doch zu tun. Zumal Poschardts Position vermutlich am klarsten jener politischen Richtung Ausdruck verleiht, die Springer unter Mathias Döpfner insgesamt vertritt. Daran, was für ihn Vernunft und Augenmaß bedeutet, lässt der „Welt“-Chef jedenfalls keinen Zweifel. „Merz ist die Mitte“, titelte er auf dem Höhepunkt des Kampfes um den CDU-Vorsitz.¹⁸ Der erklärte Staatskritiker Friedrich Merz fungiert für Poschardt als das willkommene „Kontrastmittel“ zu den Semi- bis Ganz-Totalitären in allen Parteien. Wie vor Jahren „Bild“ für Karl-Theodor zu Guttenberg rollte daher vor allem „Die Welt“ im Kampf um CDU-Parteivorsitz und Kanzlerschaft für Merz den roten Teppich aus. Und selbst nach dessen (zweiter) krachender Niederlage und der aberwitzigen Forderung nach dem Wirtschaftsministerium hat Springer unbeirrbar weiter Verwendung für den Maverick aus dem Sauerland, und zwar am besten gleich in der ohnehin am stärksten Springer-kompatiblen Partei – der FDP: „Merz und Lindner wären die zwei gegen den Rest der Schwarz-Grün-Rot-Blau-Links-Welt, die Deutschland droht. Oder anders gesagt: die Achse der Vernunft“, schreibt Claus Strunz, Ex-Chef von „Bild am Sonntag“ und seit Neuestem als Mitglied der „Bild“-Chefredaktion für den Ausbau von „Bild Live“ verantwortlich.¹⁹

Merz und Lindner als „Achse der Vernunft“ – hier schließt sich der Kreis von „Bild live“ über „Bild“ bis „Welt“. Denn schöner könnte das Welt- und Leitbild des Springer-Konzerns wohl nicht auf den Punkt gebracht werden. Dieses „Vernunft-Verständnis“ aber bedeutet im Kern möglichst wenig Staat und am besten eine schwache, massiv beeinflussbare Regierung. Dabei ist der Konzern schon deshalb gegen jede grundlegende ökologische Veränderung, weil er den alten fossilistischen Industrien und Produkten ökonomisch tief verbunden ist. Wohl am prägnantesten kommt dies in den schönen bunten Fotos der „Auto-Bild“ zum Ausdruck, die Springer mit Sicherheit so manches lukrative Anzeigengeschäft von der Automobilindustrie einbringen.

Wie auch immer die Wahl im Herbst daher ausgeht, der kommende Sieger sollte sich keine Illusionen machen – der Springer-Konzern steht längst bereit, um alles, was in eine progressive oder gar grüne Richtung gehen sollte, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen.

16 Ulf Poschardt, Grün-Rot-Rot ist eine reale Gefahr, in: „Die Welt“, 8.2.2021.

17 Albrecht von Lucke, „Fridays for Future“: Der Kampf um die Empörungshoheit, in: „Blätter“, 3/2019, S. 91-100, hier: S. 98.

18 Ulf Poschardt, Merz ist die Mitte, in: „Die Welt“, 15.1.2021.

19 Claus Strunz, Merz muss in die FDP!, in: „Bild am Sonntag“, 17.1.2021.